

LAB II

im Rahmen der 8. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die soziale und wirtschaftliche Lage von Kulturschaffenden verbessern – Stand und Aufgaben der Zukunft

Diskutierende

Paulina Czienkowski

Journalistin, Schriftstellerin

Diana Izabiliza

Co-Leitung des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung

Simona Koß

MdB, stellv. Sprecherin der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion;
ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Prötzel

Olaf Zimmermann

Geschäftsführer Deutscher Kulturrat

Moderation Peter Grabowski

der kulturpolitische reporter

Status quo: Wie gestaltet sich die aktuelle soziale und wirtschaftliche Lage von Kulturschaffenden?

Das LAB II unter der Moderation von Peter Grabowski, Journalist im Bereich der Kulturpolitik, beschäftigte sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Kulturschaffenden sowohl vor, während als auch nach der Coronapandemie. Was gibt es derzeit für Bedarfe und Herausforderungen? Welche Lösungswege stehen zur Debatte?

Paulina Czienkowski – Journalistin und Schriftstellerin – brachte ihre persönliche Perspektive in die Runde ein. Kann sie eigentlich vom Schreiben leben? Sie sagte, dass sich die Situation von Autor:innen ganz unterschiedlich gestalte, je nachdem, was und für wen man schreibe. So gebe es einerseits gut bezahlte Auftragsarbeiten, zum Beispiel im Bereich der Werbung oder beim Schreiben von Musiker:innen-Biografien. Auch die Magazine privater Unternehmen wie Lufthansa oder der Deutschen Bahn bezahlen gut. Andererseits würden jedoch gerade der freie Journalismus sowie der Bereich des fiktiven Schreibens eher schlecht bezahlt. Czienkowski betonte dabei insbesondere das Verhältnis von Zeitaufwand und Entlohnung, denn betrachte man die gesamte Zeit für Recherche, über den Pitch der Idee bis hin zur Kommunikation während des Schreibprozesses, sei das Geld, das man dann am Ende für einen Artikel bekommt, doch recht wenig. Sie beschrieb damit ein Dilemma, das viele Kulturschaffende kennen: Die gut bezahlte Arbeit ist wenig sinnstiftend – die besonders sinnstiftende Arbeit jedoch weniger gut bezahlt. Wie geht man damit um? Sie sagte, dass sie derzeit Aufträge aus beiden Bereichen annehme und damit eine gute Mischung aus guter Bezahlung und sinnstiftender Arbeit erhalte. In der Pandemie habe sich die Situation für Paulina Czienkowski als Solo-Selbstständige dabei noch einmal verschlechtert. Da sie kurz vor dem ersten Lockdown ihren Debütroman bei Aufbau veröffentlichte fielen einerseits honorierte Lesereisetermine bis auf Weiteres aus, mit denen sie finanziell fest gerechnet hatte sowie eventuelle Folgeveranstaltungen, die sich nicht haben ergeben können, andererseits ging mediale Aufmerksamkeit durch inhaltliche Verschiebung verloren. Besonders betonte sie dabei den hohen Zeitaufwand und die komplizierten Verfahren, um öffentliche Unterstützung zu erhalten, vor allem weil die regulativen Bedingungen für einen Anspruch teilweise an der Realität eines selbstständig arbeitenden Menschen vorbeizielten. Viele ihrer Kolleg:innen hätten sich Hilfe von Finanzberater:innen holen müssen. Sie hingegen habe dafür allerdings nicht das entsprechende Geld gehabt und wie ihr gehe es vielen in der Branche.

Diana Izabiliza –Co-Leiterin des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung – hatte im Vorfeld des Gesprächs mit ihren freiberuflich arbeitenden Kolleg:innen über das Thema Bezahlung gesprochen. Zwar gebe es keine offiziellen Erhebungen, aus den Gesprächen gehe jedoch hervor, dass es sich im Bereich von Kunst und Kultur schon um ein prekäres Feld handle. Besonders betonte sie dabei den erheblichen Druck aufgrund der Projektlogik. Kulturschaffende würden viel Zeit in die Projekte investieren, dafür jedoch nur wenig Geld bekommen. Die sehr zeitaufwändige Arbeit zur Vorbereitung von Förderanträgen werde dabei sogar gar nicht bezahlt. Hinzu kämen die fehlende Absicherung, die fehlende Altersvorsorge und die große Ungewissheit, ob das jeweilige Projekt bewilligt werde und was jeweils in den Monaten nach Ablauf der Projektförderdauer kommen werde.

Simona Koß – Mitglied des Bundestages und dort stellvertretende Sprecherin der AG Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion – brachte zu Beginn des Gesprächs vor allem ihre Erfahrungen als ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Prötzel ein. Auf die Fragen von Peter Grabowski, wer dort eigentlich Kultur mache und wie diejenigen bezahlt werden, antwortete sie, dass es sich dabei vor allem um Ehrenamtliche handle, die sich in der Gemeinde einbringen, also ohne finanzielle Entlohnung Kulturangebote wie Chöre, Theater oder die Dorfzeitung zur Verfügung stellen. Wichtige Orte seien

zudem die Dorfkirche und der Hof Prädikow, welche sich vor allem über Fördervereine finanzieren würden. Hinzu komme noch das Problem, dass man in ländlichen Räumen nie gut planen könne, wie viele Gäste letztendlich zu einer Veranstaltung kommen werden. Die Finanzierung über Tickets gestalte sich noch schwieriger als an anderen Orten. Aufgrund dessen seien es auch eher Amateur-Künstler:innen, die zu Veranstaltungen eingeladen werden – und dafür eben auch entsprechend weniger hohe Honorare bekommen würden.

Olaf Zimmermann - Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats – sprach zu Beginn über die Lehren der Coronapandemie. Diese habe gezeigt, dass viele Kulturschaffende am Rande des Existenzminimums leben müssen. Gerade die sogenannten Solo-Selbstständigen seien zu Beginn, als strenge Schutzmaßnahmen erlassen wurden, schnell in Armut geraten. Doch die Pandemie sei Zimmermann zufolge nicht erst der Auslöser dieser Probleme gewesen, sondern habe diese letztendlich nur aufgezeigt. Er wies zudem darauf hin, dass das Hauptproblem auch vor Corona schon in der generellen schlechten Bezahlung von Kulturschaffenden gelegen habe. Durch die Situation in der Pandemie sei die Politik jedoch auch noch einmal verstärkt auf diese Problemlage aufmerksam geworden und habe die entsprechenden Lehren gezogen. So sei die Förderung der wirtschaftlichen Lage der Künstler:innen zu einem der Schwerpunktthemen im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung geworden.

Im Laufe des Gesprächs wurden insbesondere drei konkrete Maßnahmen intensiver diskutiert: Die Einführung von allgemein verbindlichen Mindesthonoraren im Kulturbetrieb, die Einführung einer Auftragslosigkeitsversicherung sowie eine Reform der Projektförderstrukturen.

Sollen in Deutschland allgemein verbindliche Mindesthonorare für den Kulturbetrieb eingeführt werden?

Aus den Eingangsstatements der Panelist:innen ging hervor, dass eine der größten Herausforderungen in der nach wie vor geringen Bezahlungen vieler Kulturschaffenden, vor allem der Solo-Selbstständigen, liegt. Zur Linderung dieses Problems könnte die Einführung von allgemein verbindlichen Mindesthonoraren wesentlich beitragen – ein Vorschlag, den Olaf Zimmermann in das Gespräch einbrachte.

Dabei gehe es ihm zufolge darum, dass Kultur-Verbände für bestimmte Leistungen bestimmte Mindesthonorare festlegen, die dann von der Politik für allgemein verbindlich erklärt werden. Diese Maßnahme solle vor allem dazu beitragen, Solo-Selbstständige besser zu unterstützen.

Peter Grabowski wies darauf hin, dass es bereits Empfehlungen von Verbänden gebe, wie z.B. dem Orchesterverband oder dem Verband der Schriftsteller (VS) bei ver.di, welche etwa ein Mindesthonorar für 500€ für Lesungen vorsehen. Ebenso einige Bundesländer haben bereits Empfehlungen in ihre Förderrichtlinien integriert. Auch Olaf Zimmermann sah die öffentliche Hand besonders in der Pflicht und begrüßte daher eine Initiative der Kulturministerkonferenz mit dem Ziel, dass öffentlich geförderte Künstler:innen nach Mindesthonorarempfehlungen der jeweiligen Verbände bezahlt werden sollen. Simona Koß ergänzte, dass ein solcher Vorschlag derzeit auch im Bundestag diskutiert werde.

Eine große Herausforderung bei dem Vorhaben besteht laut Olaf Zimmermann jedoch darin, dass das aktuell geltende Kartellrecht der EU Mindesthonorierungen derzeit nicht erlaube. Diese Gesetzeslage werde jedoch derzeit reformiert, sodass ein solches Vorhaben in Zukunft möglich werden könnte. Peter Grabowski wies zudem darauf hin, dass die Einführung von festen Standards bei Honoraren dazu führen könnte, dass einige Vergütungen auch sinken könnten, nach dem Motto: Jetzt wo es einen

Standard gibt, müssen wir ja nicht mehr so viel zahlen. Zuspruch für den Vorschlag kam unter anderem von Paulina Czienkowski. Sie sagte im Gespräch, dass solche Mindesthonorare für sie ein Mehr an finanzieller Sicherheit bedeuten würde. Sie sorgte sich jedoch auch darum, dass sich bestimmte Anbieter von kulturellen Angeboten wie z.B. Verlage dann nicht mehr halten könnten, weil die Ausgaben für sie zu hoch werden würden. Olaf Zimmermann erwiderte daraufhin, dass es ja auch vor der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland ähnliche Sorgen gab, die sich jedoch nie bewahrheitet hätten: Es gab eben keine Massenabwanderung aus Deutschland, ebenso gab es keine Rezession oder Ähnliches. Die Einführung von Mindesthonoraren könne seiner Meinung nach zu einem ähnlichen Erfolg werden wie die Einführung des Mindestlohns. Eine weitere Option bestehet zudem darin, die betroffenen Anbieter mithilfe von (Not-)Fonds etwa nach Vorbild des niederländischen Mondriaan Fonds zu unterstützen.

In Bezug auf die Einführung von gesetzlichen Mindesthonoraren brachte Peter Grabowski zudem die Frage der Erforderlichkeit ein: Muss es eine staatliche Maßnahme in diesem Bereich geben oder würde es nicht reichen und wäre vielleicht sogar besser, wenn sich die Kulturschaffenden besser organisieren und in alten und neuen Gewerkschaften für eine bessere Bezahlung engagieren würden? Paulina Czienkowski sah das kritisch. Sie würde sich zwar gerne mehr in Interessensgruppen organisieren, dafür fehle ihr jedoch schlicht die Zeit, vor allem da sie kürzlich Mutter geworden ist. Zudem falle es ihr schwer, sich bei einer bestimmten Interessensgruppe zu verorten, schließlich arbeite sie nicht nur als Schriftstellerin, sondern zum Beispiel auch als Podcasterin. Diese Diversität an Tätigkeiten erschwere die Organisation von Interessensgruppen im Bereich von Kunst und Kultur zusätzlich. Olaf Zimmermann schloss sich ihr an. Er betonte zwar, welche Erfolge Künstler:innengewerkschaften bereits erreicht hätten, insbesondere mit der Errichtung der Künstlersozialkasse (KSK), doch habe deren Verhandlungsmacht in den letzten Jahren seiner Meinung nach stetig abgenommen, die Wirtschaftsverbände seien hingegen deutlich stärker geworden. Dass sich Kulturschaffende gewerkschaftlich engagieren, sei weiterhin sehr wichtig, die Politik müsse diese jedoch dennoch zusätzlich unterstützen.

Weitere Vorschläge: Auftragslosigkeitsversicherung und Reform der Projektförderstrukturen

Ein weiterer Vorschlag, den Olaf Zimmermann in das Gespräch einbrachte, war die Einführung einer Auftragslosigkeitsversicherung – Peter Grabowski nannte sie auch Einkommensausfallversicherung. Das Problem bestehet darin, dass gerade für Solo-Selbstständige oft gar nicht wirklich klar sei, wann sie eigentlich arbeitslos seien und damit Arbeitslosengeld beantragen könnten. Dafür gebe es derzeit keine klaren Kriterien. Das führe zu einer prekären sozialen Absicherung von Kulturschaffenden – ein Problem, auf das insbesondere Diana Izabiliza hinwies. Paulina Czienkowski befürwortete eine solche Art der Absicherung und betonte im Gespräch insbesondere die Unterstützung, die sie diesbezüglich bereits von der Künstlersozialkasse erhalte.

Im Gespräch war ebenfalls eine Reform der Projektförderstrukturen. Simona Koß forderte, dass Kulturschaffende mehr Eigenverantwortung erhalten sollten und man ihnen öfter einen Vertrauensvorschuss gewähren sollte in Bezug darauf, wie sie bestimmte finanzielle Mittel einsetzen. Diana Izabiliza schloss sich ihr an. Sie betonte vor allem den Aspekt der Nachhaltigkeit, da derzeit viel zu viel Zeit in das Vorbereiten von Anträgen und zu wenig in die eigentlichen Projekte investiert werden könne.

Schrumpfender Haushalt: Mehr Projekte oder bessere Bezahlung?

Ein letzter, aber entscheidender Punkt in der Gesprächsrunde bezog sich auf die Frage, wie man damit umgehen solle, wenn in Zukunft unter anderem aufgrund der steigenden Inflation und dem niedrigen Wirtschaftswachstum die staatlichen Haushalte schrumpfen würden. Peter Grabowski verdeutlichte dies an einem Beispiel aus Dortmund. Dort wurde beschlossen, dass Künstler:innen, die von der Stadt engagiert werden, so viel verdienen sollten wie die dortigen Erzieher:innen. In der Folge musste der Projektetat um 30% erhöht werden. Wenn in Zukunft das Geld dafür nicht mehr vorhanden sein werde, stelle das die staatlichen Förderer vor ein Dilemma: Entweder man fördere mehr Projekte, spare dann aber bei der Bezahlung der Kulturschaffenden – oder man bezahle besser, könne dann aber nur noch wenige Projekte fördern. Wie solle man sich in einer solchen Situation entscheiden?

Die Meinungen im Panel tendierten eindeutig zu Letzterem. Olaf Zimmermann betonte noch einmal, dass er es für entscheidend erachte, dass man aus der Negativspirale der schlechten Bezahlung herauskomme, auch wenn man dafür in Kauf nehmen müsse, insgesamt weniger Projekte fördern zu können. Auch Diana Izabiliza unterstrich noch einmal im Rückblick auf die Situation während der Corona-Pandemie, wie wichtig sie es finde, mehr in das Personal zu investieren, vor allem in deren Professionalisierung und in Weiterbildungen. Zudem müssten mehr Räume geschaffen werden, damit sich Künstler:innen austauschen und beraten könnten.

Simona Koß betrachtete die Frage aus einer anderen Perspektive: Wenn der Haushalt insgesamt schrumpfe, wieso müsse dann der Kulturetat die großen Einbußen ausgleichen? In einem solchen Fall brauche es ihrer Meinung nach eine Diskussion darüber, wie wichtig Kultur in der Gesellschaft sei und weshalb gerade in Krisenzeiten eher mehr als weniger dafür ausgegeben werden sollte.

Anknüpfend an die Frage der Finanzierung und das Oberthema der kulturpolitischen Fachtagung „Kultur für alle?“ stellte Peter Grabowski noch einmal heraus, dass 60% der Deutschen öffentlich geförderte Kulturangebote gar nicht wahrnehmen würden. Müsste man dann nicht die staatliche Kulturförderung überdenken? Olaf Zimmermann widersprach daraufhin vehement. Zwar plädierte er dafür, Hürden abzubauen, für ihn brauche es aber in jedem Fall eine kulturelle Grundversorgung, unabhängig davon, wie viele diese am Ende tatsächlich wahrnehmen. Für ihn sei es ebenfalls wichtig, dass weiterhin vor allem das gefördert werde, was am Markt keine Chance hat – insbesondere innovative Ideen und neue Ansätze. Auch die anderen Panelist:innen sahen die geförderten Institutionen stärker in der Verantwortung. Strukturen müssten so verändert werden, dass mehr Gruppen von Menschen angesprochen werden und so Diversität in Personal, Programm und Publikum befördert werden könnte.